

Grußwort Michaela Willhauck-Fojkar (Beisitzerin Vorstand BPtK)
GK-II-Veranstaltung „Kinder brauchen mehr/Jugend braucht mehr“
am 9. November 2021

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich freue mich sehr, im Namen der Bundespsychotherapeutenkammer ein Grußwort auf der heutigen Veranstaltung halten zu dürfen. Die BPtK setzt sich seit Langem für eine Politik ein, die die psychische Gesundheit von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien stärkt.

Auch persönlich ist es mir als Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutin ein Anliegen, Kindern und Jugendlichen den Raum zu geben, den sie verdienen, und darauf hinzuwirken, dass sie zukünftig das bekommen, was sie brauchen. Deshalb ist die heutige Veranstaltung, die unter dem Motto steht „Kinder brauchen mehr/Jugend braucht mehr“ von besonderer Bedeutung.

Liebe Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

es gibt viel zu tun, wenn es um die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen geht. Das Scheitern der Verhandlungen über die Aufnahme von Kinderrechten ins Grundgesetz hat uns exemplarisch vor Augen geführt, dass Kinder und Jugendliche keine ausreichende Lobby haben. Und auch die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass Kinderrechte bisher zu häufig übergangen werden.

Kinder und Jugendliche waren die Hauptleidtragenden der Pandemie. Ihre psychische Gesundheit hat in besonderem Maße gelitten. War vor der Pandemie noch etwa jedes

fünfte Kind psychisch belastet, war es während der Pandemie fast jedes dritte. Die psychischen Folgen von Schul- und Kita-Schließungen, der Wegfall von Tagesstruktur und Kontakten zu Freundinnen und Freunden, aber auch die Angst vor Ansteckung und zunehmende Konflikte innerhalb der Familie habe ich in meiner eigenen Praxis täglich erlebt und erlebe sie immer noch. Wie sehr Kinder und ihre Familien gelitten haben, hat auch eine Mitgliederbefragung der Deutschen Psychotherapeutenvereinigung gezeigt. So sind die Patientenanfragen bei Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutinnen und -therapeuten 2020 im Vergleich zum Vorjahr um 60 Prozent gestiegen.

Die Jüngsten in unserer Gesellschaft brauchen mehr Unterstützerinnen und Unterstützer in der Politik. Die nächste Bundesregierung muss Maßnahmen ergreifen, um die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen besser zu schützen. Es geht nicht nur darum, schulische Lerndefizite aus der Corona-Pandemie auszugleichen, sondern es geht insbesondere darum, die psychischen Ressourcen und Widerstandskräfte von Kindern und Jugendlichen und ihren Familien zu stärken.

Dass wir hier auf dem richtigen Weg sind, zeigt eine inzwischen größere Sensibilität in der Politik für die negativen Folgen der Corona-Pandemie für Kinder, Jugendliche und ihre Familien. Die im September veröffentlichten gemeinsamen Empfehlungen zur Kindergesundheit in Pandemiezeiten des Bundesgesundheits- und des Bundesfamilienministeriums greifen das auf. Die BPTK begrüßt diese Empfehlungen. Aber: Papier ist geduldig. Sie sind kein Garant dafür, dass vor dem Hintergrund aktuell steigender Infektionszahlen insbesondere bei ungeimpften Minderjährigen möglicherweise im Winter wieder neue Einschränkungen diskutiert werden. Und wir können nicht sicher sein, dass dann nicht erneut politische Entscheidungen auf dem Rücken der Kinder und ihrer Familien ausgetragen werden.

Deshalb macht sich die BPTK in den laufenden Koalitionsverhandlungen und bei der nächsten Bundesregierung für Maßnahmen zur Stärkung der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen stark. So haben wir die Politik daran erinnert, dass Kitas

und Schulen für die psychische Gesundheit und Entwicklung unverzichtbare Lebenswelten sind. Deshalb müssen Schul- und Kitaschließungen auch bei steigenden Inzidenzen möglichst verhindert werden. Hierzu bedarf es umfassender und passgenauer Hygienekonzepte. Diese gibt es leider noch nicht überall. Hier muss dringend und schnell nachgebessert werden.

Darüber hinaus setzt sich die BPtK dafür ein, das Thema psychische Gesundheit in Kitas und Schulen fester als bisher zu verankern. Pädagoginnen und Pädagogen brauchen mehr Zeit und fachliche Unterstützung für jedes einzelne Kind, damit sie so noch frühzeitiger psychische Probleme erkennen und darauf reagieren können. Hierfür ist es insbesondere notwendig, die Schulpsychologie und die Schul- und Jugendsozialarbeit auszubauen.

Außerdem müssen Bund, Länder und Kommunen mehr psychosoziale Beratungs- und Unterstützungsangebote sowie gesundheitsfördernde Angebote im Alltag der Kinder finanzieren. Neben Schule und Kita muss dies auch Sport-, Freizeit- und Kulturangebote einschließen.

Neben diesen präventiven und niedrigschwelligen Beratungsangeboten ist es aus Sicht der BPtK auch notwendig, den Ausbau der psychotherapeutischen Versorgung voranzutreiben. Insbesondere in ländlichen und strukturschwachen Regionen und in sozial benachteiligten Stadtgebieten und Wohnvierteln warten Kinder und Jugendliche noch zu lange auf einen psychotherapeutischen Behandlungsplatz. Der Gesetzgeber sollte deshalb den Gemeinsamen Bundesausschuss mit einer Reform der Bedarfsplanungs-Richtlinie beauftragen.

Die BPtK wird sich dafür stark machen, dass der G-BA die ambulante Komplexversorgung auch für schwer psychisch kranke Kinder und Jugendliche zeitnah und fachlich angemessen umsetzt. Um hierfür die Voraussetzungen zu schaffen, brauchen wir den Gesetzgeber. Er muss in § 43a SGB V ergänzen, dass Kinder und Jugendliche im Rahmen

der Komplexversorgung Anspruch auf heilpädagogische, sozialarbeiterische und psychologische Leistungen – sogenannte „nichtärztliche sozialpädiatrische Leistungen“ – haben und diese auch von Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten verordnet werden können. Außerdem werden wir uns – wie schon bei der Richtlinie für Erwachsene – dafür einsetzen, dass Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutinnen und -therapeuten die Koordinierungsfunktion in den Versorgungsnetzwerken übernehmen können.

Wichtig ist uns auch, dass die Zusammenarbeit zwischen Jugendhilfe und Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten gefördert wird. Die BPtK setzt sich in diesem Zusammenhang dafür ein, dass die mit dem Kinder- und Jugendstärkungsgesetz eingeführte Verpflichtung zur Kooperation zwischen Jugendhilfe und Gesundheitswesen nicht mehr nur auf Kinder begrenzt sein sollte, bei denen schon ein Verdacht auf eine Kindeswohlgefährdung besteht. Vielmehr sollte für alle Kinder, bei denen es sinnvoll und hilfreich ist, die Zusammenarbeit zwischen Jugendhilfe und Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten gefördert werden mit dem Ziel, passgenaue und nachhaltige Maßnahmen zu planen und umzusetzen.

Darüber hinaus müssen Politik und Gesellschaft mehr tun, um Kinder und Jugendliche noch zuverlässiger vor Missbrauch, Gewalt und Vernachlässigung zu schützen. Hierfür müssen flächendeckende Kinderschutz-Strukturen geschaffen und nachhaltig finanziert werden.

Nicht zuletzt unterstützt die BPtK die Forderung nach einer Enquête-Kommission zur Kindergesundheit, wie sie zum Beispiel von der Gesundheitsministerkonferenz gefordert worden ist. In solch einer Enquête-Kommission sollten Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutinnen und -therapeuten für die Entwicklung von Maßnahmen für eine starke psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen zurate gezogen werden.

Liebe Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir sind uns einig: „Kinder brauchen mehr/Jugend braucht mehr“! Lassen Sie uns alle gemeinsam daran arbeiten, dass dies nicht nur das Motto der heutigen Veranstaltung bleibt, sondern zum Leitgedanken des Handelns der neuen Bundesregierung wird.

Ich wünsche Ihnen ein gutes Gelingen und eine erfolgreiche Veranstaltung.

Vielen Dank!